



FDP | 18.06.2015 - 10:45

Rechtsanspruch auf Ganztagsplatz für alle



Die FDP-Fraktion in Nordrhein-Westfalen startet eine Initiative für den Ausbau von Ganztagesplätzen. Bildungsexpertin Yvonne Gebauer betont, dass trotz Rechtsanspruch Wahlmöglichkeiten erhalten bleiben. Bis 2020 soll nach den Plänen der Freien Demokraten ein verbindlicher Rechtsanspruch auf einen Ganztagesplatz für Schüler bestehen. Um diesen Plan umzusetzen und dabei die Länder und Kommunen nicht zu überfordern, soll das Kooperationsverbot abgeschafft werden. „Ziel ist es, dass Bund und Länder auch in Schulfragen wieder zusammenarbeiten können“, erklärte Fraktionschef Christian Lindner.

Aktuell sei dem Bund im Bildungsbereich ein solches schulpolitisches Finanzierungsprogramm noch untersagt. Für die Freien Demokraten ist klar, dass der Ausbau eines qualitativen Ganztagsangebots ein gesamtgesellschaftliches Ziel sei. Nun müsse daraus auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe gemacht werden, betonte Lindner.

Voraussetzung für den Ganztagsausbau sei die Wahrung des Elternwillens. Um den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen sowie den Wünschen der Eltern gerecht zu werden, spricht sich die FDP-Fraktion daher für Wahlmöglichkeiten zwischen Ganztags- und Halbtagsangeboten aus. „Einen Zwangs-Ganztagsplatz lehnen wir ab“, stellte die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Gebauer, klar. Wer seine Kinder an einer Halbtagschule anmelden wolle, müsse dies auch künftig tun können. Neben gebundenen Ganztagschulen in der Sekundarstufe I soll daher auch ein qualitativ hochwertiges bedarfsorientiertes Halbtagsangebot garantiert werden. Zudem schlagen die Freien Demokraten eine Flexibilisierung des Ganztags vor. „Um den Ganztagsausbau zu forcieren und gleichzeitig Wahlmöglichkeiten zu sichern, brauchen wir flexiblere Gestaltungsmöglichkeiten für die Schulen“, betonte Gebauer. Schulen sollten eigenverantwortlich und bedarfsorientiert entscheiden können, ob sie

Rechtsanspruch auf Ganztagsplatz für alle (Druckversion)

beispielsweise an einer vierzügigen Schule zwei Züge als Ganztagszüge und zwei Züge als Halbtagszüge anbieten wollen.

Entscheidend ist für die Freien Demokraten zudem, dass zwischen Bund und Ländern verbindliche Qualitätsstandards festgelegt werden, um die pädagogischen Chancen des Ganztagsangebots besser als bisher zu nutzen. „Der Ganzttag ist sowohl ein Betreuungs- als auch ein Bildungsangebot“, sagte Gebauer. Die FDP-Landtagsfraktion fordert die rot-grüne Landesregierung auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für die Aufhebung des Kooperationsverbots im Grundgesetz im Bereich der Schulen einzusetzen, um so den Ganztagsausbau zu forcieren.

Quell-URL: <https://www.liberales.de/content/rechtsanspruch-auf-ganztagsplatz-fuer-alle>